

LANDKREIS & REGION

Neuer Anlauf für eine Sanierung

Altenwalder Chaussee: Stadt will gemeinsame Sache mit dem Land machen / 2012 war Mehrheit dagegen

Von Kai Koppe

CUXHAVEN. Umleitungsschilder und Behelfsampeln könnten abermals Teil des Autofahreralltags auf der Altenwalder Chaussee werden: Gerade einmal sechs Monate, nachdem die Fahrbahndecke nach Kanalbauarbeiten „wiederhergestellt“ wurde, wird im Rathaus über eine neuerliche Baumaßnahme nachgedacht. Der derzeitige Straßenzustand sei keine Dauerlösung, räumen Fachleute ein – und wittern die vielleicht letzte Chance für eine zeitnahe Sanierung.

In den Straßenbautöpfen des Landes seien noch Mittel vorhanden, teilte der Leiter des städtischen Baudezernats gegenüber unserer Zeitung mit. Martin Adamski sprach davon, eine ursprünglich schon 2012 angedachte Generalüberholung der Hauptverkehrsachse erneut zur Diskussion zu stellen: „Es macht Sinn, in dieser Richtung weiterzuarbeiten.“ Gemeint ist damit ein Kostenteilungsvorschlag, wie ihn die Landesstraßenbauverwaltung einst angeregt hatte: Auf eigene Rechnung würde das Land dabei Fahrbahn und Radweg erneuern; das von der Stadt beizusteuernde Scherflein würde sich auf Gehsteig und Beleuchtung beschränken, wobei 50 Prozent der Kosten auf die Anlieger umgelegt werden könnten. Um Zustimmung zu diesem Modell hatte die Stadt den Rat schon vor vier Jahren ersucht – ohne Erfolg: die damalige Mehrheit aus SPD und „Cuxhavenern“



Ihren Zenit hatte die Fahrbahndecke der Altenwalder Chaussee bereits vor den Kanalbaumaßnahmen der vergangenen beiden Jahre überschritten. Zeit, um in puncto Sanierung endlich Nägel mit Köpfen zu machen? An dieser Frage könnten sich auf politischer Ebene die Geister scheiden.

Archivfoto: Koppe

sah die begrenzten städtischen Mittel im Bildungsbereich sinnvoller eingesetzt als in einem Straßenbauprojekt. „Was diese Position angeht, hat sich nichts geändert“, bekräftigte der SPD-Ratsfraktionsvorsitzende Gunnar Wegener am gestrigen Donnerstag gegenüber unserer Zeitung. Nach Gesprächen, die unlängst auf der Verwaltungsschiene geführt wurden, steht das Thema trotzdem erneut zur Debatte. „Wir haben eine

Vorlage auf den Markt gebracht“, bestätigte Adamski. Damit nimmt die Stadtverwaltung den alten Diskussionsfaden wieder auf. Man wolle nichts überstürzen, betonte der Dezernatsleiter, richtete aber den Rat an die Politik, nicht zu lange zu warten. „Das ist eine Dekaden-Entscheidung“, sagte Adamski und warnte davor, sie zu vertagen. Schließlich sei die Hauptverkehrsachse durch die Kanalbauarbeiten des Entsorgers

EWE Wasser nicht besser geworden. Würde man der Landesbehörde erneut eine Absage erteilen, so die Einschätzung im Rathaus, wäre der Zug erst einmal abgefahren.

„Wenn wir’s anpacken“, warnte Gunnar Wegener, „bleibt eine schlappe Million Euro an der Stadt hängen. Für eine Straße, die zwar wichtig ist, bei der man sich allerdings fragen kann, ob man sie unbedingt zurückbauen muss.“ Er

bezog sich dabei auf die Fahrbahnbreite, die im Sanierungsfall gemäß der heutigen Vorschriften von derzeit acht auf das Standardmaß von sieben Metern verschmälert würde. Positiver Effekt: Mehr Platz für Fußgänger und Radler, denen die Stadt wie gesagt auf eigene Rechnung den Weg ebnen müsste.

„Ich sehe nicht, wie wir das finanzieren wollen“, sagte der SPD-Ratsherr. Aus Sicht des Koalitionspartners ist die heiß diskutierte Frage des Geldes allerdings auch eine Frage von Prioritäten: Die CDU/FDP-Gruppe habe stets deutlich gemacht, dass es unabdingbar sei, in die vorhandene Infrastruktur zu investieren, erinnerte der Gruppenvorsitzende Thiemo Röhler.

Resultat auf CDU-Linie

„Wenn im Zuge einer Straßensanierung auch die Fuß- und Radwege auf einen zeitgemäßen Stand gebracht werden, ist das natürlich ganz auf unserer Linie“, ergänzte Röhler und verwies dabei auf ein Mobilitätskonzept, für das die Union bereits im zurückliegenden Kommunalwahlkampf die Werbetrommel gerührt hatte.

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die es gestern kategorisch ausschlossen, noch im alten Jahr über die Zukunft der Altenwalder Chaussee zu entscheiden, sähe die CDU durchaus die Möglichkeit, das Thema im Haushaltsbeschluss unterzubringen, der am kommenden Freitag gefasst werden soll.